



Zusammenfassung der Stellungnahmen zum Vorentwurf der Verordnung gegen die Abzockerei

Bern, 4. September 2013

1	Ausgangslage und Anhörung	2
2	Hauptergebnisse der Anhörung.....	2
2.1	Allgemein	2
2.2	Schnelles Inkrafttreten und Auslegung eng am Wortlaut	2
2.3	Titel und Geltungsbereich.....	3
2.4	Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats	3
2.5	Übertragung der Geschäftsführung	4
2.6	Unabhängiger Stimmrechtsvertreter.....	4
2.7	Genehmigung der Vergütungen	5
2.8	Unzulässige Vergütungen in der Gesellschaft	6
2.9	Stimm- und Offenlegungspflicht der Vorsorgeeinrichtungen.....	6
2.10	Strafbestimmungen	7
2.11	Übergangsbestimmungen	8
3	Anhang: Verzeichnis der 71 Teilnehmer der Anhörung	9

1 Ausgangslage und Anhörung

Am 3. März 2013 haben Volk und Stände der Volksinitiative "gegen die Abzockerei" deutlich zugestimmt.¹ Spätestens ein Jahr nach der Volksabstimmung muss der Bundesrat zur Umsetzung des Art. 95 Abs. 3 der Bundesverfassung (BV)² eine neue Verordnung erlassen (Art. 197 Ziff. 10 BV). Das EJPD hat die Umsetzungsarbeiten so geplant, dass der Bundesrat die Verordnung auf den 1. Januar 2014 in Kraft setzen kann.³

Das EJPD eröffnete am 14. Juni 2013 die schriftliche Anhörung zum Vorentwurf zur Verordnung gegen Abzockerei, die bis am 28. Juli 2013 dauerte.⁴ Es wurden 71 Stellungnahmen eingereicht (Anhang). Die neue Verordnung soll Bestimmungen zu den Aktiengesellschaften mit börsenkotierten Aktien (Art. 1 ff.) sowie zu den Vorsorgeeinrichtungen (Art. 22 f.) enthalten. Hinzu kommen strafrechtliche Bestimmungen (Art. 24 f.) und Übergangsbestimmungen (Art. 26 ff.).

2 Hauptergebnisse der Anhörung

2.1 Allgemein

Unter den nachfolgenden Ziffern 2.2–2.11 werden die wichtigsten Ergebnisse der schriftlichen Anhörung zum Vorentwurf der Verordnung gegen Abzockerei festgehalten.

2.2 Schnelles Inkrafttreten und Auslegung eng am Wortlaut

Etliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Anhörung begrüssen es, dass Art. 95 Abs. 3 BV schnell und relativ eng am Wortlaut umgesetzt werden soll.⁵

¹ Vgl. <http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20130303/index.html> (68 Prozent Ja-Stimmen; Zustimmung sämtlicher Kantone).

² Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV, SR 101).

³ Medienmitteilung des EJPD vom 26. März 2013 (<http://www.ejpd.admin.ch/content/ejpd/de/home/dokumentation/mi/2013/2013-03-261.html>).

⁴ Die Dokumente zur Anhörung sind zu finden unter: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/past.html> (2013, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement).

Vgl. auch die Medienmitteilung des EJPD vom 14. Juni 2013 (<http://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/mi/2013/2013-06-141.html>).

⁵ U. a. SVP, FDP, BDP, SPS, SwissHoldings, Treuhand/Suisse, SVIG, economiesuisse, Nestlé,

Der Vorentwurf der Verordnung erfüllt die Zielsetzungen der Verfassungsbestimmung; er ist praktikabel und ausgewogen.⁶

2.3 Titel und Geltungsbereich

Der Titel der zukünftigen Verordnung wird deutlich kritisiert. Er wird als nicht sachlich und neutral eingestuft.⁷

Das Verhältnis der Verordnung zu Art. 762 (Beteiligung von Körperschaften des öffentlichen Rechts [an privaten Aktiengesellschaften])⁸ und Art. 763 (Ausschluss der Anwendung des Gesetzes [Aktienrechts] auf öffentlich-rechtliche Anstalten)⁹ des Obligationenrechts¹⁰ soll präzisiert werden.

Gesellschaften, die im Ausland kotiert sind und ihren Sitz in die Schweiz verlegt haben oder verlegen werden, sollen nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen ("Opting-out").¹¹

2.4 Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats

Die Bestimmungen zu den Wahlen der Mitglieder des Verwaltungsrats, des Präsidenten des Verwaltungsrats und der Mitglieder des Vergütungsausschusses werden grundsätzlich begrüsst (Art. 2–5, 7). Die Bestimmungen werden punktuell kritisiert:

- Der Verwaltungsrat soll den stellvertretenden Präsidenten selber bestimmen können.¹²
- Im Falle einer Vakanz soll der Verwaltungsrat bestimmen können, wer als Präsident des Verwaltungsrats für die restlichen Monate der einjährigen Amtsdauer eingesetzt wird.¹³

⁶ U. a. Nestlé, VVP, KV Schweiz, Schweiz. Arbeitgeberverband, SKPE, zCapital, Treuhand/Suisse, Actares, scienceindustries, economiesuisse, FER, Minder/Kuster, Schellenberg Wittmer.

⁷ SVP, BDP, Schweiz. Arbeitgeberverband, FDP, SwissHoldings, economiesuisse, SGV, Swiss Re, ASA, CVP, scienceindustries, THK, Konferenz BVG, FER, BCGE, Nestlé, Bär & Karrer, Meyerlustenberger, Mosbacher.

⁸ Kanton Waadt, Kanton Genf, BLS, Romande Energie, BCGE, SIX, Bär & Karrer.

⁹ Kanton Zug, Kanton Waadt, Kanton Genf, BCV, BCGE, SIX, Bär & Karrer.

¹⁰ Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht; OR, SR 220).

¹¹ Swiss-American Chamber of Commerce, Bär & Karrer.

¹² FDP, BDP, SwissHoldings, economiesuisse, Kanton Waadt, Swiss Re, Niederer Kraft & Frey, Zürich Versicherungs-Gesellschaft, Romande Energie, BCV, Bär & Karrer, Meyerlustenberger.

- Die Aufgaben und Zuständigkeiten des Vergütungsausschusses sollen zur Wahrung des Paritätsprinzips im Organisationsreglement oder in einem Vergütungsreglement festgelegt werden. Höchstens die Grundsätze sollen in den Statuten enthalten sein.¹⁴

2.5 Übertragung der Geschäftsführung

Art. 6, der die Übertragung der Geschäftsführung an natürliche Personen regelt, wird grundsätzlich begrüsst.¹⁵ Vereinzelt wird ihre Löschung verlangt.¹⁶

Entweder sind die börsenkotierten Investmentgesellschaften vom Geltungsbereich der Verordnung auszuschliessen oder es ist in Art. 6 festzuhalten, dass die Tätigkeit eines Asset- oder Investmentmanagers nicht zur Geschäftsführung gemäss Verordnung zählt. Art. 18 des Kollektivanlagengesetzes¹⁷ schliesst aus, dass eine natürliche Person eine Bewilligung als externe Vermögensverwalterin kollektiver Kapitalanlagen erlangen kann.

2.6 Unabhängiger Stimmrechtsvertreter

Es gibt sowohl zustimmende als auch kritische Stellungnahmen zu den Bestimmungen über den unabhängigen Stimmrechtsvertreter (Art. 8–11); keine der Stellungnahmen stellt jedoch das vorgeschlagene Konzept als solches in Frage:

- Die Abberufung des unabhängigen Stimmrechtsvertreeters soll nur im Hinblick auf das Ende der nächsten Generalversammlung erfolgen können.¹⁸
- Falls die Gesellschaft keinen unabhängigen Stimmrechtsvertreter hat, soll der Verwaltungsrat ihn bestimmen können.¹⁹
- Die Ausgestaltung der elektronischen Fernabstimmung ("indirect voting") wird begrüsst.²⁰

¹³ Economiesuisse, Zürich Versicherungs-Gesellschaft; siehe auch Minder/Kuster, Bär & Karrer, Glanzmann, Meyerlustenberger.

¹⁴ Economiesuisse, BCGE, BCV, SwissHoldings, Minder/Kuster, Niederer Kraft & Frey, Homburger, Bär & Karrer, Meyerlustenberger.

¹⁵ SwissHoldings, Nestlé, Schellenberg Wittmer.

¹⁶ Treuhand/Suisse, Häusermann.

¹⁷ Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz, KAG, SR 951.31).

¹⁸ Economiesuisse, scienceindustries, Minder/Kuster, Homburger, Meyerlustenberger.

¹⁹ Minder/Kuster, Glanzmann, BCV.

- Der unabhängige Stimmrechtsvertreter soll bei neuen Anträgen selber entscheiden, wie er abstimmt, bzw. Lehre und Praxis sollen Lösungen finden. Art. 9 Abs. 2 ist deshalb zu streichen.²¹
- Es wird die Streichung von Art. 10 Abs. 2 verlangt. Dieser sieht vor, dass der unabhängige Stimmrechtsvertreter sich der Stimme enthalten muss, wenn er keine Weisungen erhalten hat.²²
- Die Erteilung von Dauervollmachten soll ausdrücklich verboten werden.²³

2.7 Genehmigung der Vergütungen

Die Genehmigung der Vergütungen bzw. die Folgen im Falle der Ablehnung der Vergütungen durch die Generalversammlung werden deutlich kritisiert:

- Das Grundgenehmigungsmodell nach Art. 18 Abs. 1 wird kritisiert. Insbesondere müssen die fixen und variablen Vergütungen präzisiert werden.²⁴ Aufgrund der unterschiedlichen Periodizität der fixen und der variablen Vergütungen wird zwangsläufig über andere Beträge abgestimmt, als im Vergütungsbericht ausgewiesen sind.²⁵
- Das alternative Genehmigungsmodell gemäss Art. 18 Abs. 3 wird begrüsst.²⁶ Es soll in der Verordnung zum Grundgenehmigungsmodell gemacht werden.²⁷
- Die Regelung der Folgen der Nichtgenehmigung (Art. 18 Abs. 2) wird als problematisch bzw. nicht praktikabel bewertet.²⁸ Insbesondere die Möglichkeit des zweiten Antrags soll gestrichen werden.²⁹

²⁰ SwissHoldings, economiesuisse, Nestlé.

²¹ FDP, BDP, SwissHoldings, economiesuisse.

²² SwissHoldings, ASA, Romande Energie, scienceindustries, economiesuisse, Bär & Karrer.

²³ Minder/Kuster.

²⁴ CVP, BCV, Lenz & Staehelin, Kellerhals, Glanzmann.

²⁵ THK.

²⁶ FDP, SwissHoldings, economiesuisse, Minder/Kuster, Nestlé, Swiss Re, Niederer Kraft & Frey, Homburger, TEMENOS, Bär & Karrer, scienceindustries, Schellenberg Wittmer, THK, Lenz & Staehelin.

²⁷ Niederer Kraft & Frey.

²⁸ SwissHoldings, economiesuisse, FDP, Nestlé, Roche, Treuhand/Suisse, TEMENOS, Zürich Versicherungs-Gesellschaft, Moser-Harder, Minder/Kuster, Hermes EOS.

²⁹ Economiesuisse, Swiss Re, Niederer Kraft & Frey, Homburger, Fondation Ethos, TEMENOS, Actares, scienceindustries, Hermes EOS.

2.8 Unzulässige Vergütungen in der Gesellschaft

Die Stellungnahmen zu den unzulässigen Vergütungen in der Gesellschaft (Art. 20) sind sehr unterschiedlich ausgefallen:

- Antrittsprämien und übermässige Entschädigungen für Konkurrenzverbote sollen ebenfalls verboten werden.³⁰
- Die Unterscheidung Vergütungen im Voraus/Antrittsprämien und somit die grundsätzliche Zulässigkeit der Antrittsprämien wird begrüsst;³¹ ebenso die grundsätzliche Zulässigkeit von Entschädigungen für Konkurrenzverbote.³²
- Es soll detailliert nachgewiesen werden müssen, welche Nachteile einem Empfänger einer Antrittsprämie aufgrund des Stellenwechsels entstehen.³³
- Die Verordnung soll "Safe-Harbour-Klauseln" enthalten. Diese halten fest, dass insbesondere gewisse Arten von Vergütungen nicht unter das Verbot der Abgangsentschädigungen fallen.³⁴
- Die unzulässigen Vergütungen sollen genauer umschrieben werden.³⁵

2.9 Stimm- und Offenlegungspflicht der Vorsorgeeinrichtungen

Etliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Anhörung erachten die Bestimmung zur Stimpfpflicht (Art. 22) als sinnvoll und gut umsetzbar.³⁶ Die Stellungnahmen sind insgesamt jedoch kontrovers ausgefallen:

- Der Geltungsbereich (Vorsorgeeinrichtungen, die dem Freizügigkeitsgesetz³⁷ unterstellt sind) wird teilweise begrüsst³⁸, teilweise kritisiert³⁹.

³⁰ SPS, SGB, Employés Suisse, GPS, Moser-Harder, Minder/Kuster.

³¹ FDP, SwissHoldings, Swiss Re, Nestlé, scienceindustries.

³² FDP, Schellenberg Wittmer.

³³ Actares.

³⁴ Economiesuisse, Homburger, Niederer Kraft & Frey, Kellerhals, TEMENOS, Zürich Versicherungs-Gesellschaft, Bär & Karrer, THK, Swiss Re, Schellenberg Wittmer.

³⁵ SwissHoldings, Employés Suisse, Häusermann, Schellenberg Wittmer, Alcan, Treuhand/Suisse, Meyerlustenberger.

³⁶ FDP, Schweiz. Arbeitgeberverband, Stiftung Auffangeinrichtung BVG, Centre Patronal, economiesuisse, Nestlé, SKPE, SwissHoldings, ASA, Bär & Karrer, Schellenberg Wittmer, FER, Arpip.

- Der Verzicht auf eine absolute Stimmpflicht wird sowohl begrüsst⁴⁰ als auch kritisiert⁴¹.
- Die Beschränkung der Stimmpflicht auf direkt gehaltene Aktien wird teils begrüsst⁴², teils abgelehnt⁴³.

Auch die Bestimmung zur Offenlegungspflicht (Art. 23) wird kontrovers bewertet. Die einen Teilnehmerinnen und Teilnehmer finden die Bestimmung sinnvoll und gut umsetzbar.⁴⁴ Die anderen verlangen einen detaillierten Bericht zum Abstimmungsverhalten der Vorsorgeeinrichtungen.⁴⁵ Vereinzelt wird die Pflicht zur jährlichen Offenlegung als ungenügend eingestuft.⁴⁶

2.10 Strafbestimmungen

Die allgemeine Strafbestimmung (Art. 24) wird stark kritisiert:

- Es wird eine mildere Strafanforderung für sämtliche oder zumindest einzelne der in Art. 24 Abs. 1 enthaltenden Tatbestände verlangt. Zum Teil wird sogar das Streichen gewisser Tatbestände gefordert. Begründet wird die Kritik mit dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit und des Bestimmtheitsgebots für strafrechtliche Bestimmungen.⁴⁷
- Strafbar soll eine Person nur sein, die wider besseres Wissen beispielweise eine verbotene Vergütung ausrichtet oder empfängt.⁴⁸

³⁷ Bundesgesetz vom 17. Dezember 1993 über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz, FZG, SR 831.42).

³⁸ ASIP, SKPE, Innovation zweite Säule, KGAST, PUBLICA.

³⁹ Auch die Anlagestiftungen und der AHV-Ausgleichsfonds sollen erfasst werden: Fondation Ethos, Actares, Minder/Kuster, Häusermann. Nur registrierte Vorsorgeeinrichtungen sollen in den Geltungsbereich fallen: Konferenz BVG.

⁴⁰ ASIP, SKPE, FDP, ASA, FER, PUBLICA.

⁴¹ Fondation Ethos, GPS, Actares, Minder/Kuster, PK-Netz, SPS, Arpip, Gebhardt, Hermes EOS.

⁴² KV Schweiz, SFAMA, SKPE, KGAST, ASA, PK-Netz, PUBLICA. Die Stimmpflicht soll auch Aktien erfassen, die mittels Ein-Anleger-Fonds gehalten werden (zCapital).

⁴³ SGB, GPS, Minder/Kuster.

⁴⁴ Economiesuisse, PUBLICA Stiftung Auffangeinrichtung BVG, Centre Patronal, SGB, KV Schweiz, Schweiz. Arbeitgeberverband, ASIP, SKPE, SwissHoldings, ASA, Nestlé, Bär & Karrer, PK-Netz.

⁴⁵ GPS, Fondation Ethos, Actares, Minder/Kuster, Arpip.

⁴⁶ Moser-Harder, Minder/Kuster.

⁴⁷ CVP, BDP, Bundesanwaltschaft, Procureur général Vaud, economiesuisse, SwissHoldings, Treuhand/Suisse, Roche, Swiss Re, Niederer Kraft & Frey, Homburger, Bär & Karrer, scienceindustries, Schellenberg Wittmer, Lenz & Staehelin, Glanzmann, Meyerlustenberger, Häusermann.

⁴⁸ Economiesuisse, Swiss Re, Homburger, TEMENOS, Meyerlustenberger.

- Nur wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Anhörung erachten die Freiheitsstrafen des Vorentwurfs als verfassungswidrig.⁴⁹
- Der Begriff der Jahresvergütung in Art. 24 Abs. 2 ist zu unpräzise.⁵⁰

Die mildere Strafnorm bei den Vorsorgeeinrichtungen wird begrüsst.⁵¹ Teils wird Art. 25 aber als zu streng und zu wenig differenziert⁵², teils als zu wenig weitgehend⁵³ eingestuft.

2.11 Übergangsbestimmungen

Es wurde keine grundsätzliche Kritik betreffend den Übergangsbestimmungen (Art. 26-32) vorgebracht. Teilweise werden die Übergangsfristen als zu kurz oder zu lang eingestuft.⁵⁴ Vereinzelt wird festgehalten, dass die verschiedenen Fristen der Übergangsbestimmungen noch nicht ausreichend aufeinander abgestimmt sind.⁵⁵

⁴⁹ SVR, Swiss Re, Bär & Karrer.

⁵⁰ KSBS, Procureur général Vaud, Häusermann.

⁵¹ CVP, Employés Suisse, ASIP, Innovation zweite Säule, Centre Patronal, FER, PUBLICA.

⁵² SGB, KV Schweiz, PK-Netz, Arpip, Prévoyance.ne.

⁵³ Minder/Kuster.

⁵⁴ U. a. economiesuisse, SwissHoldings, Minder/Kuster, Konferenz BVG, Publica, Bär & Karrer.

⁵⁵ Schellenberg Wittwer.

3 Anhang: Verzeichnis der 71 Teilnehmer der Anhörung

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

BDP (Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz)
CVP (Christlichdemokratische Volkspartei)
FDP (FDP.Die Liberalen)
GPS (Grüne Partei der Schweiz)
SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz)
SVP (Schweizerische Volkspartei)

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

economiesuisse (Verband der Schweizer Unternehmen)
KV Schweiz (Kaufmännischer Verband Schweiz)
Schweizerischer Arbeitgeberverband
SGB (Schweizerischer Gewerkschaftsbund)
SGV (Schweizerischer Gewerbeverband)

Weitere interessierte Organisationen/Anhörungsteilnehmer

Actares (AktionärInnen für nachhaltiges Wirtschaften)
Alcan (Alcan Holdings Switzerland AG)
Arpip (Association des représentants du personnel dans les institutions de prévoyance)
ASA Schweizerischer Versicherungsverband

ASIP Schweizerischer Pensionskassenverband
Bär & Karrer Rechtsanwälte
BCGE (Banque Cantonale de Genève)
BCV (Banque Cantonale Vaudoise)
BlackRock Investment Management (UK) Limited
BLS AG
Bundesanwaltschaft
BX Berne eXchange (Berner Börsenverein)
Centre Patronal
Employés Suisse
FER (Fédération des Entreprises Romandes)
Fondation Ethos (Ethos – Fondation suisse pour un développement durable)
Gebhardt Peter
Glanzmann Lukas (Baker & McKenzie Schweiz)
Häusermann Daniel
Hermes EOS (Hermes Equity Ownership Services Limited)
Homburger AG
Innovation zweite Säule
Kanton Genf
Kanton Waadt
Kanton Zug
Kellerhals Anwälte
KGAST (Konferenz der Geschäftsführer von Anlagestiftungen)

Konferenz BVG (Konferenz der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden)
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
KSBS (Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz)
Lenz & Staehelin
Minder Thomas/Kuster Claudio (Co-Initianten der Volksinitiative "gegen die Abzockerei")
Mosbacher Esra
Moser-Harder Brigitta (Co-Initiantin der Volksinitiative "gegen die Abzockerei")
Nestlé S.A.
Niederer Kraft & Frey AG
PK-Netz 2. Säule
Prévoyance.ne (Caisse de pensions de la fonction publique du Canton de Neuchâtel)
Procureur général du Canton de Vaud
PUBLICA (Pensionskasse des Bundes)
Roche (F. Hoffmann-La Roche AG)
Romande Energie SA
Schellenberg Wittmer AG
scienceindustries (Wirtschaftsverband Chemie Pharma Biotech)
SIX Swiss Exchange AG
SKPE (Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten)
Stiftung Auffangeinrichtung BVG
SVIG (Schweizer Verband der Investmentgesellschaften)
SVR (Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter)
SFAMA (Swiss Funds & Asset Management Association)

Swiss Re AG
Swiss-American Chamber of Commerce (inkl. ACE Limited; Allied World Assurance Company, Ltd; Foster Wheeler AG; Garmin Ltd., Pentair Ltd.)
SwissHoldings
TEMENOS Group AG
THK (Treuhand-Kammer Schweizerische Kammer der Wirtschaftsprüfer und Steuerexperten)
Treuhand/Suisse
VVP (Verband Verwaltungsfachleute für Personalvorsorge)
zCapital AG
Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG